Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 89. Sonnabend, den 9. Juni. 1866

Wahl der Abgeordneten.

Zu einer Besprechung der bevorstehenden Wahl zum Hause der Abgeordneten beehren wir uns diejenigen unserer Mitbürger in Kreis und Stadt Thorn, welche in Uebereinstimmung mit den, in unserem Aufrufe vom 28. Mai ausgesprochenen Grundsätzen entschlossen sind, den bisherigen Abgeordneten des Wahlkreises ihre Stimme nicht wieder zu geben, auf

Freitag den 15. d. M. Nachmittags 4 Uhr
im Saale des Artushofes zu Thorn

hierdurch ergebenst einzuladen.

Thorn, den 7. Juni 1866.

v. Borries-Thorn. Donner-Kamionken. Hanow-Thorn. Kaun-Culmsee. Kühne-Brzezinko. v. Kries-Slawkowo. Müller-Rudak. Joh. Müller-Kl. Niszewken. Moede-Zlotterie. Schinauer-Mocker. v. Sodeustjern-Grzywno. Schlee-Kamionken. Steinmann-Thorn. Tober-Rudak. Wegner-Ostaszewo. Weinschenk-Lulkau.

Zur Wahl.

Je näher der Wahltermin heranrückt, um so mehr scheint es uns Pflicht der Presse zu sein, immer wieder und wieder die Urwähler an die große Pflicht zu mahnen, welche sie zu erfüllen haben. Es wird wohl Jedem, der Aufmerksam der Geschichte der letzten Jahre gefolgt ist, noch im Gedächtniß sein, wie die Regierung immer behauptet hat, die Majorität des Landes sei für sie und daß sie, um diese Meinung trotz des Ausfalles der Wahlen aufrecht zu erhalten, hinzugefügt hat, daß alle Diejenigen, welche sich nicht an der Wahl betheiligt haben, dies nur deshalb nicht gethan hätten, weil sie überzeugt seien, die Regierung mache das alles vortrefflich. In der ganzen Welt rechnet man zwar umgekehrt und sagt, die, die nicht kommen, werden angesehen, als ob sie so stimmten, wie die, welche gekommen sind, aber die Regierung führte doch immer diesen Grund an und Niemand kann wissen, ob sie bis zu einem Kriege gegangen wäre, wenn sie nicht mit dieser Vorstellung sich über die wahre Meinung des Volkes getäuscht hätte. Diejenigen also, die nicht zur Wahl gekommen sind, tragen natürlich eine gewisse Verantwortung für das jetzige Regierungssystem. Sie haben einmal nicht Alles gethan, was in ihren Kräften war, um es zu beseitigen und haben zweitens durch ihr Nichtstimmen doch die irrthümliche Vorstellung der Regierung über die Stimmung im Volke verstärkt. Es wird unter diesen Nichtstimmenden mancher Wähler sein, der jetzt einen Reservisten oder Landwehrmann zur Mobilisirung hat abgeben müssen oder der gar selbst als Landwehrmann eingetreten ist. Der wird sich jetzt sagen können, daß, wenn er und Seinesgleichen seine Pflicht erfüllt hätten, wenn sie ihrer eigenen Meinung den gewissenhaften Ausdruck gegeben hätten, so wäre ihnen jetzt das große Opfer nicht zugemuthet. Es ist wahrlich die Erfüllung dieser Pflicht das Geringste, was man von einem Volke verlangen kann, welches

— **Rede von Twesten.** (Schluß.) Die äußeren Verhältnisse Preußens seien in diesem Augenblicke bedrohlicher als je seit den letzten funfzig Jahren. Während noch zur Zeit der neuen Aera ganz Deutschland auf Preußen blickte und von hier aus die Entwickelung der deutschen Einheit hoffte, seien jetzt überall, wie man mit Schmerz erkennen müsse, nur heftige Gegner zu finden. Die Einen wollten durch die Vernichtung des preußischen Staates die ehemalige Oberherrschaft Oesterreichs in Deutschland wieder herstellen, die Andern hofften durch das Niederwerfen Preußens zu einer deutschen Föderativ-Republik zu gelangen. Ja, es sei so weit gekommen, daß selbst innerhalb Preußens der Wunsch, durch die Demüthigung des Staates zur Freiheit zu gelangen, mehr oder weniger laut ausgesprochen werde. Das sei ein schrecklicher Gedanke; wir müßten festhalten, daß man durch Zerstörung nicht baue, und daß sich nicht berechnen lasse, wo dieselbe ein Ende nehmen, wie und wann eine Wiedererhebung möglich sein würde. Weder gegen die deutschen Regierungen und Bevölkerungen, noch gegen die drohende Einmischung werde Herr v. Bismarck eine wirkliche deutsche Reform durchsetzen können. Die meisten Franzosen denken mit Thiers, daß Frankreich Größe, Kleinheit und Schwäche seiner Nachbarn verlange. Um Frankreichs willen soll Deutschland nach den Verträgen von 1815 ewig im losen Bund unabhängiger Staaten bleiben. Der Kaiser erklärte neulich in Auxerre; er verabschene die Verträge von 1815. Das ist eine Drohung gegen die Frankreich gezogenen Grenzen. Und trotz dieses Abscheues scheint man geneigt, die Verträge, zu denen auch die deutsche Bundesakte gehört, gegen eine deutsche Reform anzurufen. Wir verabscheuen diese Verträge von 1815 auch; wir thun dies, weil sie Deutschland zur Schwäche, zur Zerrissenheit und zum Absolutismus verurtheilen. Aber wir dürfen nimmer dulden, daß sich das Ausland in unsere inneren Angelegenheiten mische, oder wegen einer Verstärkung unserer Organisation Kompensationen von uns verlange. Diese Gefahr ist durch die Politik des Herrn v. Bismarck herbeigeführt. Er weiß nur eine Kabinets-Politik und einen Kabinetskrieg zu führen. Den fürchtet man in Frankreich nicht. Wohl aber fürchtet man dort einen nationalen Aufschwung, einen Nationalkrieg, welcher den ersten Napoleon niederwarf, und wie ihm auch der zweite Napoleon nicht gewachsen sein würde. Einen solchen Aufschwung des ganzen Volkes wußten die großen Staatsmänner von 1813 hervorzurufen durch die Verheißungen der Freiheit, welche seitdem zum Recht des preußischen Volkes geworden. Freilich könne eine Nation ohne staatliche Organisation eben so wenig etwas leisten, wie ein Staat von welchem die Nation sich abwende. Das müßten diejenigen bedenken, welche wähnten, aus dem übrigen Deutschland mit Ausschluß Preußens eine staatliche Macht herstellen zu können. Wir mußten an der Zukunft des preußischen Staates in Deutschland und für Deutschland festhalten. Und so gut die Anderen an ein Deutschland in kleinerem Umfange dächten, wären wir auch berechtigt, eine Konzentration deutscher Kräfte in geringerem Umfange zu erstreben, wenn wir sie zur Zeit nicht für das ganze Deutschland erreichen könnten. Aber wir sind überzeugt, daß Preußen nur in der Freiheit seiner deutschen Aufgabe genügen kann. Wir trennen nicht die Fragen der Macht und der Freiheit, weil nur in der Freiheit und durch die Freiheit eine dauernde Macht in Deutschland zu gründen ist. (Lebhaftes Bravo.)

— **Oelriecher.** Wenn wir der „Petroleum Timse" Glauben schenken dürfen, ist kürzlich ein neues Oelriechungssystem im Amerikanischen Petroleum-Gebiete aufgekommen. Die früheren Betreiber dieser Kunst gebrauchten entweder eine gespaltene Weide oder einen „chemischen Stein". Der Weidenzweig giebt, wenn der Riecher auf seinem Spaziergang über den Grund ihn in einer horizontalen Lage hält, unfehlbare Zeichen von dem Vorhandensein von Oel dadurch, daß er sich der Quelle zukehrt (der alte Aberglaube der „Wünschelruthe"). Der Zauberstein scheint in einigermaßen ähnlicher Art zu handeln. Die neuen Oelriecher, welche wir erwähnt haben, sind in Kanada aufgetreten. Der Riecher „schreitet mit Muße über die Felder, oder längs dem Ufer eines Flusses, folgt hin und wieder den Schluchten, und bisweilen kann man ihn, wie eine lahme Ente in einer Pfütze, seine Augen fest auf den Boden gerichtet, auf einem Fuße dastehen sehen. Er sagt, daß, während beide Füße auf terra firma seien, der magnetische Kreis sich bilde, und daß er in seinem Nervensystem nicht das nämliche Gefühl habe, wie wenn die Verbindung unterbrochen sei und die ganze Last in ein Glied aufgenommen werde; so oft daher Oel unter ihm sei, gleichgiltig wie weit unter der Oberfläche, bekomme er ein gewisses öliges Gefühl".



sein verfassungsmäßiges Recht wahren will, und wenn wir das Volk zur Erfüllung dieser Pflicht mahnen, so wollen wir auch damit keineswegs sagen, daß es damit seine Pflichten, welche ihm die Verfassung auferlegt, schon ganz erfüllt habe. Im Gegentheil, die Erfüllung einer Pflicht, welche man alle drei Jahre einmal, oder in seltenen Fällen auch einmal in der dazwischen liegenden Zeit, auszuüben hat, ist gewiß kein Aequivalent für Rechte, an deren Genuß man sich Tag für Tag erfreut. So wie man sich aber seiner Rechte jeden Tag erfreuen will, so muß man auch jeden Tag bereit sein, seine Pflichten zu erfüllen, d. h. man muß überall das Seinige dazu thun, daß, soweit man es hindern kann, das Recht nicht gebeugt und die Verfassung in irgend einer ihrer Bestimmungen verletzt werde. Wir glauben, daß sich so Manchem Gelegenheit bietet und bieten wird, auf solche Weise zu bethätigen, daß er durchdrungen ist von den Pflichten, welche dem gewissenhaften Bürger eines verfassungsmäßigen Staates obliegen. Nur auf solche Weise kann denn auch das Volk wirksam seine Vertreter in dem Kampfe unterstützen, welchen diese jetzt seit einer Reihe von Jahren zur Geltendmachung der Grundsätze in unserem Staatsleben führen, die zur Durchführung eines Regierungssystems, wie es das deutsche Volk zu seiner Entwickelung braucht, nothwendig sind.

Das Geringste aber ist, daß die Wähler wenigstens zur Wahl sich einfinden und dort ihre Stimmen nach ihrer Ueberzeugung abgehen. Wenn sie es nicht thun, so dürfen sie sich über keine Last, sei sie auch noch so schwer, beklagen, die ihnen durch die Regierung oder gar durch die Geschicke des Staates auferlegt werden.

Zur Situation.

— Brüssel, den 6. Juni. Preußen hat, so wird glaubhaft versichert, die neutralen Mächte davon in Kenntniß gesetzt, daß es seine Souveränetätsrechte in Schleswig-Holstein, die auf dem Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 basiren, von Oesterreich bedroht sehe, indem letzteres die Uebertragung der Entscheidung in der Elbherzogthümerfrage auf den Bundestag versucht und einseitig die Berufung der holsteinschen Stände angeordnet habe. Preußen werde zur Wahrung dieser Rechte in erster Linie die erforderlichen friedlichen Schritte thun. Es müsse aber auf Grund seiner Mitsouveränetät in Holstein die blos Namens Oesterreichs erfolgte Einberufung der holsteinischen Stände für rechtsungültig erklären und ebenso jede einseitige Verfügung des österreichischen Statthalters in Holstein und der dortigen Landesregierung, so lange das Wiener Kabinet den in Frakfurt gethanen Schritt, welcher den Gasteiner Vertrag aufhebt und den Wiener Frieden verletzt, nicht zurücknimmt. Preußen will übrigens die Gesammtvertretung von Schleswig-Holstein und keine Sondervertretung von Holstein einberufen wissen.

— Kiel, den 7. Juni. Heute wird die Antwort Preußens auf die Seitens Oesterreichs geschehene Einberufung der holsteinischen Stände erwartet. Es heißt, Preußen werde von dem durch die Aufhebung des Gasteiner Vertrages wieder zur Geltung gebrachten Mitregierungsrecht Gebrauch machen. Preußische Truppen sind bereits unterwegs, um in Holstein Garnisonen zu beziehen. In der Landesregierung sind voraussichtlich Veränderungen zu erwarten.

— Wien, den 7. Juni. Die „Neue freie Presse“ meldet, daß Preußen Verwahrung gegen die Erklärung Oesterreichs beim Bunde eingelegt und durch den Gesandten Herrn v. Werther habe mittheilen lassen, das General v. Manteufel angewiesen sei, zu geeigneter Stunde in Holstein einzurücken, um das Land im Sinne der Wiederherstellung des im Wiener Frieden stipulirten Condominiums zu besetzen.

— Ueber die Stellung der neutralen Großmächte zu den drohenden Conflicten läßt sich noch nichts feststellen. Die Gerüchte von einer Annährung Rußlands an Oesterreich erhalten sich, finden aber in Berlin wenig Glauben. Daß Frankreich hinter Italien stehen wird, hält die „Kreuzztg.“ noch nicht für gewiß. Am vortheilhaftesten wird es Napoleon III. wahrscheinlich finden, vorläufig vollständige Actionsfreiheit zu bewahren.

— Schleswig, den 7. Juni. Das „Schleswigsche Verordnungsblatt“ enthält folgende Proklamation des Gouverneurs:

Einwohner des Herzogthums Schleswig!

Seit dem Antritt meines Amtes bin ich Euch mit Offenheit entgegengekommen. Ich habe nie Veranlassung gehabt, dies zu bereuen, und so wende ich mich auch heute mit Offenheit an Euch.

Die Sr. Majestät meinem Könige und Herrn zustehenden Souveränetätsrechte auf das Herzogthum Holstein sind gefährdet durch Schritte, die Euch Allen bekannt sind; Eure eigenen heiligsten Landesinteressen stehen in Frage, denn niemals kann die Berufung des Landtages eines der Herzogthümer anders, als behufs legaler Anbahnung der Gesammtvertretung des ungetheilten Schleswig-Holsteins statthaben. Ich habe den Auftrag Sr. Majestät des Königs, diese gefährdeten Rechte zu wahren und verlege hierzu, wie ich es dem k. k. Statthalter im Herzogthum Holstein angezeigt habe, heute Truppen nach Holstein.

Diese militärische Maßnahme trägt einen rein defensiven Charakter. Einwohner des Herzogthums Schleswig! Ich habe den Geist der Ordnung und Gesetzlichkeit, der Euch i newohnt kennen und achten gelernt. Ich gebe Euch jetzt den Beweis davon. Ich entblöße in diesem Augenblicke das Herzogthum Schlesfast ganz von Truppen. Ihr werdet zeigen, und an diese Bitte knüpfe ich persönliche und knüpfe ich schleswigsche Gefühle, daß nicht die Furcht, sondern, daß die Loyalität Eures Charakters Euer bisheriges Verhalten veranlaßt hat. Aber Ihr habt auch mich kennen gelernt und wißt, mit welcher Treue ich die Interessen dieses Landes im Herzen trage. Ihr nehmt meine Worte mit Vertrauen auf. In Eurem tiefsten Innern wurzelt Zweifel an der Macht und an dem Willen Preußens. Glaubt an Beide!

Schloß Gottorff, den 7. Juni 1866.

Der Gouverneur des Herzogthums Schleswig.

E. Manteuffel.

Generallieutenant, Generaladjutant Sr. Majestät des Königs von Preußen.

— Der Einmarsch der Preußen in Holstein und der Abzug der Oesterreicher nach Altona ist ohne Konflikt, ja selbst unter einigen Nachklängen der früheren Waffengenossenschaft erfolgt. Indessen hat General von Manteuffel doch das Herzogthum Schleswig fast völlig von Truppen entblößt und andere Abtheilungen sind von Süden her auf der Eisenbahn nach Lauenburg gezogen worden, um in Holstein überall mit überlegener Stärke auftreten zu können. Die Dinge bleiben noch in der Schwebe, da FML. v. Gablenz von Wien ans vorerst instruirt worden sein soll, Altona noch nicht aufzugeben, sondern den Versuch zu machen, die Landesregierung dorthin überzusiedeln und selbst die Ständeversammlung zu eröffnen. Es ist wohl zu erwarten, daß in nächster Frist noch ein Abkommen zu Stande kommt, welches mindestens widerwärtigst Auftritte auf dem Boden der früheren gemeinsamen Kämpfe abschneidet.

— Hamburg, den 8. Juni. Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Kiel: Bei der Abreise der österreichischen Statthalterschaft, des Civiladlatus Hofmann und der Regierungsräthe Lesser, Reimers und Kraus war auf dem Bahnhofe eine Kompagnie des preußischen Seebataillons mit der Bataillonsmusik aufgestellt, sämmtliche Marineoffiziere unter Führung des Contre-Admirals Jachmann, des Hafen-Kommandanten Mertens, sowie die Offiziere des Seebataillons unter dem Obersten Rohde hatten sich eingefunden. Die Musik spielte die österreichische Nationalhymne, die Verabschiedung fand in freundlichster Weise statt. Von der Landesregierung bleiben nur die Räthe Stemann und Wennecker zurück.

Der heutige „Correspondent“ berichtet aus Kiel: Vorgestern Abend habe Freiherr v. Gablenz eine Depesche des Freiherrn v. Manteuffel erhalten, in welcher der Letztere erklärte, daß durch die österreichische Erklärung in der Bundestagssitzung am 2. d., sowie durch die erfolgte Einberufung der Stände der Bruch der Gasteiner Konvention erfolgt sei, in Folge davon treten nun nach der Auffassung Preußens die zu der Zeit der Gasteiner Konvention gültigen Zustände wieder in Kraft; er werde auf den Befehl seiner Regierung am folgenden Tage mit seinen Truppen in Holstein einrücken und zwar in der Richtung auf Bramstedt und Jetzehoe, und werde dabei in solche Orte, welche von österreichischen Truppen besetzt seien, nicht einmarschiren, damit der durchaus friedliche Charakter der Okkupation nicht gestört werde, denn er habe auf königlichen Befehl jedem Konflikte nach Möglichkeit vorzubeugen. Er hoffe, Frhr. v. Gablenz werde sich mit ihm leicht über die neuen Verhältnisse einigen, er werde übrigens die bestehende Civilregierung nicht antasten, wie er denn auch nach wie vor an der Hoffnung festhalte, daß es den beiderseitigen Souveränen gelingen werde, dem drohenden Kriege durch eine Verständigung auf friedlichem Wege zuvorzukommen.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 8. Juni. Zur akademischen Freiheit. Nachdem der Student Kastar von dem Senat der Berliner Universität excludirt war, wurde eine dieser Angelegenheit wegen ausgeschriebene Studentenversammlung durch den Prorector, Prof. der Theologie Dorner inhibirt. Bei dieser Gelegenheit hat derselbe die Gründe des Senats mitgetheilt, die wir nach der „Ref.“ folgen lassen. Der Senat, sagt Herr Dorner, habe durchaus nichts dagegen einzuwenden, daß die Studenten sich als Zuhörer an Volksversammlungen betheiligten, eine active Betheiligung aber sei allerdings unstatthaft. (Unseres Wissens steht davon aber wieder weder in den Studentengesetzen noch in der Verfassung etwas geschrieben.) Denn wenn man dies gestatte, meinte der Herr Prorector, würden ja die Parteispaltungen in die Stille des akademischen Studiums übertragen und damit der Zweck der akademischen Freiheit, das Studium der freien Wissenschaften, beeinträchtigt. Auch seien Seitens der Regierung, falls die Studenten in dieser Weise in das politische Leben eingreifen, Maßnahmen zu erwarten, welche die Zeit der Karlsbader Beschlüsse für die deutschen Universitäten wieder herbeiführen könnten. Außerdem wäre ein Handwerkerverein, in dem Hr. Kastan gesprochen, doch auch keine passende Gesellschaft für einen Studenten (!) und deshalb habe man Hrn. Kastan nach reiflicher Erwägung von der Universität excludiren müssen. Und das ist geschehen im Mai 1866 auf der Universität Berlin, der ersten und bedeutendsten Hochschule Deutschlands!

— Die Ernennung des Herrn v. d. Heydt hat namentlich in Schlesien einen ganz entschieden ungünstigen Eindruck gem acht.Man hat die bisher immer noch gehegte Hoffnung auf ein Einlenken des Ministeriums in Bezug auf die inneren Fragen aufgegeben Die „Bresl. Ztg.“ schreibt: „Während die Kräfte des Landes in einem Maße, wie seit den Freiheitskriegen noch niemals, in Anspruch genommen werden, während über 400,000 unserer kräftigsten Männer den heimischen Herd verlassen müssen, eine Million Menschen ihrer Ernährer beraubt ist, Handel und Gewerbe an einer Calamität darnieder liegen, wie wir sie so schrecklich noch nicht erlebt haben, während jetzt schon an einzelnen Orten der Hunger die beschäftigungslosen Arbeiter zu Excessen treibt, die Mittel der Communen und des flachen Landes in manchen Kreisen bis auf den letzten Pfennig erschöpft sind, die Landlieferungen die äußerste Anspannung der Kräfte fordern, ohne daß nach dem Frieden ein Ersatz gesichert ist, die Ansprüche an die tiefgesunkenen Steuerkräfte täglich wachsen: während Alles dessen erfährt das Volk nicht, welche Ziele die Regierung mit diesem unermeßlichen Aufwande von Menschen- und Geldkräften anstrebt, und mit welchen Mitteln sie zu diesen Zielen zu gelangen hofft. Die Annexion will man nicht mit Gewalt durchführen, eben so wenig die Februar-Fordrungen. Das deutsche Parlament soll der Friede sein. Auch diejenigen Ansprüche, welche Preußen aus seiner deutschen Stellung herleiten könnte, sollen keinen Grund zum Kriege abgeben. Was will man denn aber? Sollten die schweren Opfer einzig zur Erhaltung des Gasteiner Vertrages gebracht werden? Am Ende muß das preußische Volk leiden, weil die von ihm zwei Jahre hindurch unablässig bekämpfte Politik nicht mehr fortgeführt werden kann und eine andere liberale Politik nicht ergriffen werden soll. Eine volksthümliche Regierung, wie die italienische, kann ihre Ziele vor aller Welt klar und offen hinstellen. Als Friedrich Wilhelm III. 1813 sein Volk zu den Waffen rief, wußte alle Welt, um was es sich handle. Dennoch wollen wir zugeben, daß unsere Diplomatie unklug verfahren würde, wollte sie mit offenen Karten spielen. Aber Opfer für einen unbekannten Zweck können doch nur Männer fordern, welche das vollste Vertrauen des Volkes besitzen. Wo solche Männer nicht am Ruder stehen, gewinnen die ängstlichsten Vermuthungen Raum und jeder Funke der Begeisterung wird durch die Sorge für das Geschick des Vaterlandes erstickt.“

Kassel, den 4. Juni. Gestern verlautete gerüchtsweise, in den nächsten Tagen würden mit Genehmigung des Kurfürsten Oesterreichische Truppen auf den Hessischen Bahnen nach dem Norden befördert; heute bestätigt die „Kasseler Zeitung“, daß es mit dem Transport kaiserlichen Militärs nach Holstein seine volle Richtigkeit hat. Die Kriegsbefürchtungen haben sich in Folge dessen hier erheblich gesteigert. In militärischen Kreise will man wissen, daß nun auch die Mobilmachung der Kurhessischen Armee in der Kürze erfolgen werde.

Weimar, den 7. Juni. Nachdem die Aussicht auf ein günstiges Ergebniß der Verhandlungen des Neuner-Ausschusses geschwunden ist, beabsichtigen mehrere deutsche den preußischen Reformvorschlägen zustimmende Fürsten, außerhalb des Bundestages Berathungen über die Berufung eines Parlaments im Interesse des Friedens herbeizuführen.

Oesterreich. Die „Oesterreichische Zeitung“ bemerkt gegenüber der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß die Berufung der holsteinischen Stände ein eklatanter Vertragsbruch und ein Angriff auf die preußischen Souveränetätsrechte sei, Folgendes: Wir wollen davon absehen, obschon das als sehr wesentlich erscheinen muß, daß der Gasteiner Vertrag eine zeitweilige Ausübung der Hoheitsrechte in Holstein unbeschränkt und ausnahmslos an Oesterreich allein übertragen und daß die Berufung der Stände ein zweifelloser Ausfluß dieser Hoheitsrechte ist, daß also Preußen gerade kraft des Gasteiner Vertrages in Ausübung dieses, wie jedes anderen Hoheitsrechtes auch nicht ein einziges Wort hinein zu reden hat. Aber gesetzt es wäre dem anders, wie will man behaupten dürfen, daß Oesterreich die Stände zu dem ausgesprochenen Zwecke berufe, das Unterthanenverhältniß zu Preußen zu lösen? Wann und wo ist ein solcher Zweck ausgesprochen? Dadurch vielleicht, daß der gesetzlichen Vertretung des Landes Gelegenheit gegeben werden soll, die Frage über das Recht des Landes nicht etwa zu entscheiden, sondern nur in Erörterung zu ziehen? Ist Preußen so wenig durchdrungen sowohl von der Kraft der Rechtsausführungen seiner Kronjuristen, wie von dem Wunsche der Bevölkerung, der Vortheile eines Aufgehens in Preußen theilhaftig zu werden, daß es der holsteinischen Ständeversammlung, selbst wenn diese zu dem ausgesprochenen Zwecke berufen werden werden sollte, das Unterthanenverhältniß zu Preußen zu lösen, nicht zutrant, dieselbe werde laut ihre Stimme erheben, um dieses Unterthanenverhältniß sofort für alle Zeiten sicher zu stellen? Oesterreich wagt es darauf hin, die Ständeversammlung sich wie einen Mann für den Anschluß an Preußen erheben zu sehen.

Türkei. Fürst Karl I. von Rumänien hat an die Garantie-Mächte Schreiben gerichtet, durch die er um Anerkennung seines Thronrechtes bittet und zugleich versichert, die bestehenden Verträge nach allen Richtungen hin auf's Gewissenhafteste respektiren zu wollen. Den Vertretern der Mächte, die bis jetzt noch keinen offiziellen Verkehr mit ihm haben dürfen, hat er den Wunsch ausdrücken lassen, sie persönlich kennen zu lernen. Dieselben haben dem Wunsche gern entsprochen, auch der Oesterreichische General-Consul v. Eder. — Die Incognito-Reise des Prinzen Karl ging, wie man jetzt erfährt, von Düsseldorff über Baden-Baden nach Zürich und Genf wo ein Schweizer-Paß genommen wurde, sodann über Salzburg nach Bazias, wo der Donau-Dampfer verfehlt wurde und 48 Stunden auf den nächsten gewartet werden mußte. Die Reisebegleiter waren Frhr. Karl von Mayensisch zu Rappenstein, Preußischer Kammerherr und Fürstl. Hohenzollernscher Cavalier zu Sigmaringen, und der Dragoner-Offizier v. Werner.

— Wien, den 8. Juni. Die türkische Armee soll heute die Donau überschritten und ein Zusammenstoß mit rumänischen Truppen stattgefunden haben. Weitere rumänische Truppen werden aus Bukarest den Türken entgegengeschickt. Prinz von Hohenzollern (Fürst Carl I.) übernimmt das Obercommando und geht morgen zur Armee ab. Die Regierung verlangt von der Kammer eine Anleihe von 36 Mill. Piastern mit Zwangcours zur Bestreitung der Armeebedürfnisse.

Provinzielles

Aus dem Strasburger Kreise. Vergangenen Mittwoch wurde in Neu-Zielun ein Mann vom Blitz erschlagen, der Frau und Kinder in ärmlichen Verhältnissen interläßt; und an demselben Tage schlug der Blitz in den Thurm der kath. Kirche zu Lautenburg, ohne jedoch zu zünden. In Swieszewn jenseits der Grenze warf der Sturm einen Schafstall um, wodurch 100 Stück erschlagen wurden. — Seit einigen Tagen haben wir täglich warmen Regen, der so günstig auf die Saaten einwirkte, daß dieselben, trotz der vorherigen Dürre und Kälte, ein üppiges Wachsthum entfalten.

Lokales.

— **Zum Wahlaufruf der Herren Donner nebst Genossen.** Inhalt und Ausdrucksweise dieses Aufrufs hätten es gerechtfertigt, wenn wir denselben ganz unberücksichtigt gelassen hätten; — hievon Abstand zu nehmen, bestimmte uns lediglich der Umstand, daß sich unter den Unterzeichnern die im Kreise wohl berufenen Herren Donner, v. Kries, Kühne, Wegner, Weinscheink befinden. Sie hielten ehedem (1862 und 1863) zu ihren noch heute liberal gesinnten Mitbürgern im Kreise Thorn-Kulm, und nun, da die Letzteren zu ihrer Wahl-Parole: **„Wiederwahl der früheren Abgeordnete G. Weese und Thomse!“** gemacht haben, rufen sie den Urwählern zu: **„Keine Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten! Keine Wahl eines Parteimannes!“** dies Wort unserer ehemaligen Parteigenossen ließ uns nicht gleichgültig. Warum haben sie eine andere Wahlparole als wir? —

Diejenigen, welche die Wiederwahl erstreben, handeln unpatriotisch. Warum? — Der Wahlaufruf sagt wörtlich: „Das Vaterland soll wehrlos, das Blut seiner besten*) Söhne soll ruhmlos verspritzt, unsere Fluren sollen den Schaaren der Feinde geöffnet werden, weil strittige Fragen unseres inneren Staatsrechtes noch nicht entschieden, weil die Männer, welche jetzt den Rath des Königs bilden, dem Sinne einzelner Parteien nicht entsprechend sind . . . . . . und nicht zu hart ist es, wenn wir die Männer, die Solches predigen, **als die Feinde bezeichnen, welche das Vaterland gefährlicher bedrohen, als die Heere, welche das Ausland gegen unsere Grenzen führt.“**

Offen und ehrlich gesagt, wir sind auf das Höchste erstaunt, daß jene Herren eine solche, gelindest gesagt, Phrase mit ihrer Namensunterschrift versehen konnten. Wir waren bisher gewohnt solche Anklagen gegen die Gegner des Ministeriums Bismarck (d. i. gegen die große liberale Majorität der preußischen Staatsangehörigen) nur von den zelotischen Soldschreibern der sogenannten „guten“ Presse aussprechen zu hören.

Haben denn jene Herren und die anderen Mitunterzeichner des Wahlaufrufs — unter ihnen auch der Königliche Landrath Herr Steinmann — so gar keine Kenntniß mehr von der politischen Gesinnung ihrer Mitbürger, welche die Wiederwahl anstreben, daß sie dieselben um der Wahlparole willen indirekt landesverrätherischer Gesinnung anzuschuldigen sich für berechtigt halten? —

Nun so mögen Sie Folgendes vernehmen. Wir, die wir die Wiederwahl anstreben, wir lieben unser Vaterland heiß und innig, sind bereit für seine Unabhängigkeit und seine auf der Verfassung ruhende Freiheit jedes Opfer an Gut und Blut zu bringen. Aber das Vaterland ist uns nicht das Ministerum Bismarck und seine innere, wie äußere Politik, im Gegentheil die Entlassung und Ersetzung desselben durch ein entschieden liberales Ministerium halten wir jetzt für eine Nothwendigkeit. Wir finden auch nicht die geringste Veranlassung für das jetzige Ministerium Partei zu nehmen.

Unpatriotisch sollen die handeln, welche der Regierung die Mittel znr Vertheidigung und Führung eines Kabinetskrieges versagen. — Wie aber handelten die, welche den Staat in seine jetzige innere und äußere Bedröngniß brachten? —

Wenn die Unterzeichner des Wahlaufrufes an unseren Patriotismus appelliren und Hingebung an das Vaterland heischen, warum richten sie dieselbe Forderung nicht an das Ministerium, daß dasselbe seinen Abschied nehme?

Wir wollen die Ehre, den Ruhm, die Unabhängigkeit und die Freiheit Preußens heute und allezeit gewahrt und gesichert wissen, aber, weil wir dies ernstlich, mit ganzer Kraft wollen, streben wir die Beseitigung des inneren Konfliktes an, auch als eine unerläßliche Vorbedingung zu einer imponirenden und einflußreichen Machtstellung Preußens nach-Außen. Preußen war nur unter einem liberalen, fortschrittlichen Regimente — unter dem großen Kurfürsten, dem allen Fritz, zur Zeit Friedrich Wilhelm IV. zur Zeit Steins und Hardenbergs — siegreich, und auch deshalb wünschen und streben wir an ein liberales Regiment.

Beseitigung, vollständigste Beseitigung des inneren Konflikts zum Heile und zur Sicherheit Preußens, — das bedeutet die Wiederwahl.

Wir haben noch manches auf dem Herzen, unterlassen es aber auszusprechen. Warum? — Das Organ der Kgl. Regierung zu Marienwerder Nro. 21. v. 23. v. Mts. pag. 128 sagt; Die Staatsregierung hat **„der öffentlichen Meinung auf allen Gebieten den freiesten Spielraum gewährt. . . . Den öffentlichen Blättern ist gerade in dieser Zeit die unumwundenste Besprechung der Regierungs-Politik weit über die sonstigen gesetzlichen Schranken hinaus gestattet“.**

*) Sind das schlechtere Söhne des Vaterlandes, die etwa nicht in den Kampf ziehen können? —

Anmerkung des Setzers.

. . . . . Wie siehts damit in der Wirklichkeit aus? — Die Preß-Amnestie, welche kommen sollte, ist nicht ausgesprochen, aber Preßprozeße sind an der Tagesordnung.

— **Zur Abgeordnetenwahl.** Wie allgemein hierorts verlautet, sollen von den Gegner der Wiederwahl im Kreise Thorn die Herren Borrmann, früher Besitzer von Ostrowitt im Kreise Thorn, v. Sänger auf Grabowo, jetzt auch Besitzer des Dominium Grabia, als Kandidaten für das Abgeordnetenhaus in Aussicht genommen worden sein, diese aber eine solche Ehre abgelehnt haben.

— **Stadtverordneten-Sitzung am 6. d. Mts.** (Schluß zu Nr. 88.)

Vom Finanzausschuß waren mehrere Rechnungen revidirt worden, doch wurde von demselben nur für die Rechnung der Termins-Straf-Kasse p. 1865 und der Rechnung der städt. Schulkasse p. 1863 die Decharge beantragt, welche auch ertheilt wurde. Die Decharge-Ertheilung für die anderen Rechnungen soll erfolgen, sobald die gezogenen Monita, auf welche wir später zurückkommen werden, magistratsseits erledigt sein werden. Auf Antrag des Herrn C. Mallon wird bei Vorlage der Kostenrechnung für die diesseitige Weichselbrücke der Magistrat ersucht, unter Zuziehung der Bau-Deputation alles überflüssige Inventar aus dem Brücken-Depot zu verkaufen. —

Der Betriebsbericht der städt. Ziegelei pro April a. c. geht als nun vollständig zur Ergänzung an den Magistrat zurück. — Herr v. Prittwitz hatte in einer früheren Sitzung beantragt, daß die Rathbibliothek öffentlich benutzt werden dürfe. Der Magistrat ist in seiner Antwort mit der öffentlichen Benutzung einverstanden, aber anch anräthig den Katalog drucken zu lassen. Diesen Antrag lehnt die Vers. ab, da die Werke der Rathsbibliothek fast ausschließlich nur das Interesse von Gelehrten beanspruchen und für das Bedürfniß dieser der vorhandene geschriebene Katalog genüge. Dagegen ersuchte die Vers. den Magistrat öffentlich bekannt zu machen, zu welcher Stunde und durch welchen Beamten Werke aus der Rathsbibliothek zu erhalten sind. — Auf Antrag des Magistrats beschließt die Vers. daß bei den laufenden Brunnen Gitterverschlüsse angebracht werden sollen, um so eine Reinigung der Rinnsteine durch das Brunnenwasser zu ermöglichen. — Nach Mittheilung des Magistrats soll in Anbetracht der gegenwärtigen Zeitverhältnisse der Ausbau des Hintergebäudes auf Grundst. Altstdt. Nr. 181 aufgeschoben werden. Die Vers. stimmt dem Magistrate zu. — Als Hilfsaufseher für die städt. Forst ist der Arbeiter Stenzhorn mit 8 Thlr. monatlicher Remuneration zeitweise angestellt worden. — Der Magistrat theilt der Vers. mit, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse und die Abwesenheit des Herrn Stadtbauraths auch die Berathungen über den weiteren Ausbau des Rathhauses eingestellt sind, und beabsichtige im Laufe des Sommers den Sitzungssaal der Stadtverordneten restauriren zu lassen. Die Vers. stimmt dem Magistrat bei, beschließt aber auch, daß die Renovirung ihres Saales verschoben werde. — Der Magistrat zeigt der Vers. än, daß die Vertretung des einberufenen Herrn Stadtbaurath Kaumann der Königl. Baumeister Herr Ullrich übernommen habe. Ferner theilt dieselbe mit, daß der Poliz.-Serg. Herr Palm und der Krankenhaus-Aufseher Herr Wolfram einberufen worden sind und die Einberufuug des Poliz.-Inspekt. Herrn Beyerle in Aussicht stehe. Für die Vertretung dieser Beamten wird magistratsseits Sorge getragen werden. — Nach dem Geschäftsbericht der Brückenkasse betrug die Einnahme vom Brückengelde im April c. 1082 Thlr. 24 Sgr., täglich im Durschschnitt 34 Thlr. 27 Sgr. 11 Pf., — eine Einnahme, die mit Rücksicht auf den zeitigen schwachen Verkehr als sehr günstig erachtet wird. Bei Kenntnißnahme dieses Berichts nimmt die Vers. Veranlassung den Magistrat zu ersuchen, daß den Brückeneinnehmern eine Wechselkasse mit 2 Thlr. Kleingeld und eine verschlossene Kasse für die Tageseinnahme übergeben werde. — Die definitive Beschlußnahme über den Entwurf der Bedingungen zur Verpachtung der städt. Ziegelei wird in Anbetracht dessen, daß der zeitige Moment zur Verpachtung der Fabrik ein ungünstiger sei, auf 6 Wochen vertagt. — Auf Antrag des Magistrats beschließt die Vers. für den städt. Feuer-Inspekt. Reinicke sen. in Anerkennung der gewissenhaften Ausführung der mühevollen feuerpolizeilichen Revision der städt. Grundstücke, zu welche Genannter durch sein Amt nicht verpflichtet ist, eine Remuneration von 50 Thlr., welche aus der Kasse der städt. Feuer-Societät, da im Interesse dieser die Revision ausgeführt ist, gezahlt werden soll. —

— **Kommunales.** In dem Licitations-Termin am Donnerstag d. 7. d. zur Verpachtung des Weichselbadeschiffs blieb Herr Mühlenmeister Gahr mit 7 Thaler 17 Sgr. täglicher Pacht der Meistbietende.

— **Postverkehr.** Als unbestellbr ist an das Königl. Postamt zurückgekommen: eine an 21. Mai c. hier zur Post gegebene Post-Anweisung an die Frau des Carl Karldt zu Brandt bei Briesen oder Driesen, ad. 1 Thaler. Absender nicht genannt.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Darlehnskassenscheine.** An der Berliner Börse wollte man, nach der „Bank- und Hand.-Zeitung“, wissen, daß von der Ausführung der Verordnung, betreffend die Errichtung der Darlehnskassen, in der gegebenen Form Abstand genommen werden solle und statt dessen ein anderer Plan, nach welchem die Beleihung von Rohmaterial, Fabrikaten, Waaren ꝛc. ermöglicht würde, auf Anregung des Finanzministers v. d. Heydt, zur Ausführnng kommen werde. Als Grundkapital soll eine wesentlich höhere Summe, man spricht von 80 Millionen Thalern, in Aussicht genommen sein.

Die neueste Nummer der „Blätter für Genossenschaftswesen“ enthalten die Warnung von Schulze-Delitzsch an sämmtliche Preußische Genossenschaften, die Annahme der Darlehnskassenscheine betreffend. Hr. Schulze-Delitzsch empfiehlt selbstredend den Genossenschaften, die Darlehnskassenscheine von dem Verkehr bei ihren Kassen auszuschließen.

Danzig, den 8. Juni Weizen mehr oder weniger ausge wachsen von 54/76 Sgr.; gesund von 71/85 Sgr. — Roggen von 46—50 Sgr. — Spiritus ohne Zufuhr.

Thorn, den 9. Juni. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für

Weizen: Wispel gesund 36—64 thlr.
Roggen: Wispel 30—32 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 33—40 thlr.
Gerste: Wispel kleine 28—30 thlr.
Hafer: Wispel 20—22 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 13—15 sgr.
Butter: Pfund 5½—6 sgr.
Eier: Mandel 3—3½ sgr.
Stroh: Schock 10—12 thlr.
Heu: Centner 25—30 sgr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 153 pCt. Russisch Papier 153½ pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 45 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 8. Juni. Temp. Wärme 13 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 2 Fuß 2 Zoll.
Den 9. Juni. Temp. Wärme 13 Grad. Luftdruck 28 Zoll 4 Strich. Wasserstand 2 Fuß 1 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Die städtische Bade-Anstalt am rechten Ufer der Bazarkämpe oberhalb der Brücke über den rechten Weichselarm wird Sonnabend den 9. d. M. Mittags 12 Uhr dem Publikum zur Benutzung übergeben werden. Die Bade-Anstalt ist an den Mühlenmeister Gahr verpachtet. An denselben sind zu zahlen:

1) für die Benutzung einer Einzelzelle 1 Sgr. 6 Pf.
2) für die Benutzuug einer Doppelzelle durch mehrere Badegäste pro Person 1 Sgr. Kinder unter 12 Jahren zahlen in Begleitung Erwachsener in jeder Zelle 6 Pf.

An Brückengeld wird auf dem Hinwege 6 Pf. gezahlt, auf dem Rückwege dagegen nichts, wenn der Badegast an der Hebestelle eine ihm von dem Pächter der Badeanstalt auszuhändigende Marke über den Besuch des Bades abgiebt.

Das Publikum wird angewiesen, beim Uebergange über das fiscalische Terrain auf der Bazarkämpfe sich nicht länger aufzuhalten, als erforderlich ist, um von der Brücke nach der Bade-Anstalt zu gelangen, namentlich auch die Uferpflanzung nicht zu beschädigen.

Thorn, den 8. Juni 1866.

Der Magistrat.

Montag den 11. Juni Nachmittags 5 Uhr werden wir im **Gall**'schen Speicher, Rosengasse Nr. 37

eine Parthie Weizen

und im **Giełdzinski**'schen Speicher, Weiße-Straße Nr. 70

eine Parthie Roggen

meistbietend verkaufen.

Die Verkaufsbedingungen sind bei uns einzusehen.

Königliche Bank-Commandite.

Vorläufige Anzeige.

Einem kunstliebenden Publikum die ergebene Anzeige, daß wir mit unsrer rühmlichst bekannten

Luftspringer- und Seiltänzer-Gesellschaft

am 13. d. M. in Thorn eintreffen, und Sonntag den 17. Juni cr. die erste Vorstellung im

Ziegelei-Garten

geben werden; — alles Uebrige später durch die Zettel.

Hochachtungsvoll

Gebr. Gassmann,

Directoren.



Ein **Notizbuch** enthaltend: ¼ Lotterie-Loos zur 1. Klasse und einen von **Julius Cohn** unausgefüllten Wechsel über 7 Thlr. 20 Sgr. sowie eine Cigarrentasche habe ich heute von der goldenen Sonne bis bei **E. Mielziner** verloren.

Der ehrliche Finder wird ersucht, genannte Gegenstände, gegen Belohnung bei Herrn **E. Mielziner** oder an mich abzugeben.

Vor Ankauf wird gewarnt.

Lesser Jacob in Biskupiez.

Gute **Mauerziegel**, frisch gebrannt, sind vorräthig bei

Fenski & Orth.

Thorn, den 9. Juni 1866

Neustädter Markt Nr. 145 sind Wohnungen zu vermiethen.

Nur einen Thaler Courant

kostet bei Unterzeichnetem eine **Viertel-Original-Obligation** zu der am **14. und 15. Juni cr.** stattfindenden Ziehung der großen

Braunschweiger Staats-Prämien-Verloosung,

worin zusammen **17600** Preise enthalten sind, darunter solche von event. Thaler **100,000, 60,000, 40,000, 20,000, 10,000, 8000, 6000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1500, 1000.**

Aufträge mit baar oder Ordre zur Postnachnahme wolle man einsenden an

G. Daubert jun. in Braunschweig, Bohlweg Nr. 69.

NB. Auf der Adresse nicht zu vergessen: **Bohlweg 69.**

Aerztlich empfohlen. Chemisch untersucht. Durch zahlreiche Consumenten erprobt.

Dem Gesunden heilsam — dem Kranken heilkräftig.

In dem Zusammenfallen dieser beiden Eigenschaften des Daubitz'schen Kräuter-Liqueurs liegt der schlagende Beweis, daß derselbe keine Arznei, sondern etwas Anderes und Besseres ist, als eine Arznei. Denn eine solche ist nur für die Heilung von Kranken dienlich, den Gesunden nicht. Der Daubitz'sche Kräuter-Liqueur*) aber ist ein von Gesunden und Kranken gleich sehr geschätztes Genußmittel. Das nachstehende Atteste bezeugt seine erfreulichen Wirkungen.

Seit langer Zeit wurde meine fortwährend Frau von schmerzlichen Unterleibsbeschwerden und Verstopfung heimgesucht; nachdem alle nur möglichen angewendeten Mittel erfolglos geblieben sind, versuchten wir es auch noch mit dem R. F. Daubitz'schen Kräuter-Liqueur. Derselbe hat meine Frau nicht nur von diesem unsäglichen Leiden befreit, sondern ihr auch eine wahre körperliche Frische wieder verschafft, welches ich gern zum Wohl aller Leidenden hierdurch zur Kenntnißnahme bringe, gleichzeitig aber auch Herrn R. F. Daubitz meinen Dank bekenne und den von ihm verfertigten Liqueur aufs wärmste allen empfehle.

Gottlob Müller, Gutsbesitzer in Berndorf.

Hämorrhoidal-, Unterleibs- und Magenbeschwerden.

*) Nur allein echt zu beziehen bei **H. Findeisen** in Thorn.

Sonnabend den 9. d. M. Abends 8 Uhr in der **Malskat'schen** Conditorei

Versammlung

der Mitglieder des Lesekabinets

wegen Wahl der Zeitungen für das nächste Vierteljahr.

Der Vorstand.

Wollsäcke und Wollschnur, Rapspläne und Rapsleinen, Getreidesäcke

in allen Größen empfiehlt billigst

Moritz Meyer.

Bade-Billette à Dtzd. 15 Sgr. für einzelne Zellen, sind in meiner Behausung Copernikusstr. 208. zu haben.

Gahr.

In meinem Hause Nr. 176 Altstadt ist eine große Wohnung von 5 zusammenhängenden Zimmern, Entree, große Küche, Keller, sogleich oder vom 1. Oktober zu vermiethen.

C. Hirschberger.

Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt.

Hiermit erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich Herrn **Eduard Grabe** in Thorn die Haupt-Agentur für die Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt übergeben habe und bitte ich das der Anstalt bisher geschenkte Vertrauen derselben auch ferner erhalten zu wollen.

Danzig, den 7. Juni 1866.

Hochachtungsvoll

Paul Louis Lietzmann,

General-Agent.

Bezunehmend auf obige Anzeige empfehle ich die Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt zur Uebernahme von Versicherungen gegen Feuersgefahr zu billigen und festen Prämien und bin ich zur Ertheilung jeder gewünschten Auskunft gern bereit.

Thorn, den 8. Juni 1866.

Hochachtungsvoll

Eduard Grabe.

Möbl. Zimmer z. vermieth. Gerechte-Str. 128/9

Turnen. Mittwoch und Sonnabend 8 Uhr Ab. Zu fleißigem Besuch wird aufgefordert.

Zur Ertheilung des Unterrichts im

Solo- und Chorgesange

empfehle ich mich mit dem ergebensten Bemerken, daß ich durch Sieber in Berlin ausgebildet worden.

Emil Sammet

Brückenstr. 10, 2 Tr.

Um jeder Concurrenz begegnen zu können, verkaufe ich von heute ab, 5 Pf. 10 Loth Feinbrod für 5 Sgr., halbweißes $6^1/_2$ Pfd. für 5 Sgr.

H. Hey, Bäckermeister.

Culmerstr. Nr. 340/41.

Wollband

bester Sorte, dünn gearbeitet und trocken, empfiehlt den Herrn Wollhändlern und Gutsbesitzern pro Ctr. 14 Thlr., pro Pfd. $4^1/_2$ Sgr.. die Leder- und Seiler-Handlung von

Scholly Behrendt.

Baderstraße 81.

Die

Brodfabrik der Stadtmühlen

liefert täglich gut ausgebackenes reines Roggenbrod, in feiner und halbfeiner Qualität, und wird dasselbe in der Gewerbehalle im Rathhause, sowie auf der Schloßmühle verkauft.

J. Kohnert.

Ein kleiner **Mädchenhut** ist gefunden und kann derselbe gegen Insertions-Gebühren in Empfang genommen werden bei

C. G. Dorau.

Von Sonntag den 10. d. Mts. ab, liefere ich feines Roggenbrodt für 5 Sgr. $5^1/_4$ Pfd. und halbfeines $6^1/_2$ Pfd. schwer.

C. Reinsdorf.

Ein **Commis**, mosaischen Glaubens, der mit der einfachen und doppelten Buchführung vertraut, der deutschen und polnischen Sprache mächtig u. gegenwärtig noch in Condition steht, sucht in einem Colonialwaaren oder Speditions-Geschäft unter bescheidenen Ansprüchen Engagement. Gefl. Offerten werden unter **M. H. Bromberg** in der Expedition d. Bl. erbeten."

Eine große Belletage ist zu vermiethen. Katharinenstraße.

Kluge.

Hülfe gegen Epilepsie - Fallsucht-Krämpfe.

Ein hochachtbarer Mann, der seinen Namen der Oeffentlichkeit nicht übergeben will, besitzt ein sicheres Mittel zur schnellen u. dauernden Heilung der Epilepsie. — Näheres ist auf frank. Anfragen zu erfahren durch Herrn Secretair **W. Wepler** in Berlin, Linienstr. Nr. 240.

Leihbibliothek.

Die hervorragendsten Erscheinungen der Belletristik der Neuzeit sind:

Laube, Heinr., Der deutsche Krieg, historischer Roman in 3 Büchern:
- Junker Hans, 3 Bände.
- Waldstein, 3 Bände.
- Herzog Bernhard, 2 Bände.

Galen, Philipp, Der Erbe von Betty's Ruh. 4 Bände.

Diese, Epoche machenden Werke, werden in einzelnen Bänden ausgeliehen (**nicht** ein Abonnement) und kostet jeder Band für 3 Tage 1 Sgr.

Leihbibliothek von **Ernst Lambeck.**

Auf der Mocker Nr. 1 ist die seither von Herrn Hauptmann Kunze bewohnte Gelegenheit sogleich zu vermiethen.

v. Klepacki.

---

1 freundl. möbl. Zimmer nebst Kabinet ist sogleich zu beziehen.

J. Liebig.

Ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet ist zu vermiethen Altstädter Markt 289 1 Treppe hoch.

Ein Zimmer mit auch ohne Möbel zu vermiethen. Näheres Groß-Mocker bei Herrn **Gude.**

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Getauft: Den 3. Juni Theodor Albert und Ida Bertha Zwillingskinder des Kfm. R. Leetz; Albert S. des Schneiderm. Metz.

Gestorben: Den 5. Juni Johannes, S. d. Lakierers Hein, 2 J. 3 M. 3 T. alt, am Zahnfieber.

In der St. Marien-Kirche

Getauft: Den 3. Juni Johann, S. d. Arb. Lipertowicz zu Weißhoff; d. 4. Gustav Felix, ein unehl. S. zu Kl. Mocker; d. 6. ist dem Gärtn. Strauß zu Catharinenflur eine Tochter todtgeboren.

Gestorben: Den 1. Juni Franz, S. d. Hausbesitzer Jankowski zu Fisch.-Vorst., 7 J. 2 M. alt, am Typhus; d. 2. Catharina, T. d. Einw. Nadolski zu Przysiek, $2^1/_2$ Jahr alt, an Masern; d. 3. Johanna, T. d. Eigenth. Witkowski zu Rubinkowo, 2 M. alt, an Krämpfen.

In der St. Johannis-Kirche.

Getraut: Den 3. Juni Franz Smolinski, Arb. mit der Ww. Falk geb. Matczewska.

Gestorben: Den 30. Mai Martha Valeria, T. des Fleischermstr. Müller, 3 J. 3. M. 21 T. an der Lungenschwindsucht.

In der neustädt. evangelischen Stadt-Gemeinde.

Getauft: Den 3. Juni Oscar Carl, S. d. Riemermeister Stephan.

Gestorben: Den 2. Juni der Rentier Schmidt, an Altersschwäche, 78 J. 4 M. 15 T. alt.

In der St. Georgen-Parochie.

Getauft: Den 3. Juni Auguste Mathilde, T. des Eigenth. Braun in Neuweißhof; Amande Rosalie, T. des Einw. Lüdtke in Vorwerk Mocker; Hermann Paul, S. der Unverehel. Wisniewska.

Gestorben: Den 27. Mai wurde dem Fleischermstr. Reimer in Mocker ein Sohn todtgeb.; d. 28. Maria Louise T. d. unverehl. Malzahn 4 M. alt, an den Pocken; d. 31. Bertha Elisabeth, T. d. Eigenth. Heise in Fisch.-Vorst., 7 M. 2 T. alt, am Durchfall; Emil Eduard, S. d. Einwohn. Lüdtke in Vorwerk Mocker, 1 J. 6 M. 27 T. alt, an den Masern; d. 4. Juni Gottlieb Jacob, S. d. Einwohners Held in Bromb.-Vorst. 2 M. 18 T. alt, am Ausschlag; den 5. Mathilde Anna Clara, T. d. Riemergesellen Wichmann in Bromb.-Vorst., 6 M. alt, an Krämpfen.

Es predigen:

Dom. II. p. Trinit., den 10. Juni cr.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Superintendentur-Verweser Pfarrer Markull.

Militär-Gottesdienst, 12 Uhr Mittags Herr Garnisonprediger Eilsberger.

Nachmittags Herr Pfarrer Gessel. (Katechisation.)

Freitag, den 15. Juni, Herr Superintendentur-Verweser Pfarrer Markull.

In der neustädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Schnibbe.

Nachmittags Herr Pfarrer Dr. Güte. (Katechisation.)

Mittwoch, den 13. Juni Abends 6 Uhr Bibelstunde Herr Pfarrer Schnibbe.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.